

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Saarland, Kaiserstr. 258, 66133 Saarbrücken,
Tel.: 0681 8412410 * Fax: - 15
mailto: gdp-saarland@gdp.de * www.gdp-saarland.de * www.facebook.com/gdp.saar/

Pressemitteilung vom 16. Mai 2022

Mehr Personal – GdP drängt auf Umsetzung des Regierungsprogramms der SPD



An die Klausurtagung der Landesregierung am 16. und 17. Mai 2022 hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP), Landesbezirk Saarland, eine hohe Erwartungshaltung. Das Regierungsprogramm der SPD verspricht der saarländischen Polizei einen Personalaufwuchs um fast 500 Polizistinnen und Polizisten in den nächsten zehn Jahren. Nachdem unsere Polizei in den letzten Jahren einen massiven Personalabbau, welcher nach

dem Kenntnisstand der GdP immer noch nicht gestoppt ist, erleiden musste, würde ein derart starker Personalaufbau einen Großteil der Probleme der saarländischen Sicherheitsarchitektur lösen. Nach Berechnungen der GdP fehlen dem Landespolizeipräsidium derzeit ungefähr zehn Prozent des eigentlich benötigten Personals – mehr als 300 Köpfe.

Die Auswirkungen des fehlenden Personals sind mannigfaltig und betreffen unsere Polizeibeschäftigten wie auch die Bevölkerung im gleichen Maße. Durch den Personalmangel fehlt die Flexibilität im Arbeitsalltag, was sich in enormen Belastungsspitzen für die saarländischen Polizeibeschäftigten auswirkt. Die fehlende Flexibilität bedeutet für die Bevölkerung, dass die Qualität der Strafverfolgung sowie die polizeiliche Präsenz in der Fläche nicht mehr in dem Grad gewährleistet werden können, den die Polizei für sich selbst beansprucht.

Der Landesvorsitzende der GdP, David Maaß, hierzu: „Die GdP setzt große Hoffnungen in das Regierungsprogramm der SPD, das uns einen massiven Personalaufbau verspricht. Mit Hochdruck muss daher ab dem Einstellungsjahr 2023 die Personalisierung so koordiniert werden, dass 50 Anwärterinnen und Anwärter pro Jahr mehr eingestellt werden, als eigentlich vorgesehen sind. Hierzu muss die Attraktivität des Berufs erheblich gesteigert werden, um ausreichend qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber zu erreichen. Unmittelbar müssen die Weichen für die Zukunft der Polizei gestellt werden, um die Polizeibeschäftigten zu entlasten und die Sicherheit der Bevölkerung wieder gewährleisten zu können. Kriminalität darf nicht länger nur verwaltet werden – sie muss bekämpft werden!“